

Beschluss

Europäische Friedenspolitik

Warum wir europäisches Engagement in der Welt brauchen

Im Jahr der Gedenktage von 100 Jahre Erster Weltkrieg, 75 Jahre Beginn des Zweiten Weltkrieges und 25 Jahre nach dem Fall des Eisernen Vorhangs mit all seinen Hoffnungen auf ein Zeitalter des Friedens in Europa sind die internationalen Beziehungen immens von Krisen, Kriegen und Konflikten geprägt.

Wir erleben eine Zeit der Umbrüche und Unsicherheiten. Die internationalen Beziehungen sind geprägt von neuen Akteuren und neuen Abhängigkeiten, neuen Machtstrukturen und wechselhaften Dynamiken. Die Ordnung der Nationalstaaten gerät enorm unter Druck und an verschiedenen Orten dieser Welt nutzen Terrororganisationen die Abwesenheit funktionierender Staatlichkeit zu Gewalteskalation aus. Die multilateralen und supranationalen Strukturen der Vereinten Nationen und der Europäischen Union geraten angesichts der neuen Unübersichtlichkeit an ihre Grenzen. Mit Ernüchterung müssen wir derzeit feststellen, dass auf der ganzen Welt demokratische Emanzipationsbewegungen wieder zunehmend unter Druck geraten oder gar scheitern. Mit großer Sorge erleben wir, wie die soziale Ungleichheit zwischen und innerhalb von Staaten weltweit rasant zunimmt. Mangelnde Perspektiven und nicht erfüllte Hoffnungen für mehr Selbstbestimmung sind der Nährboden, auf dem radikale Kräfte stärker werden. Und mit Bedauern stellen wir fest, dass immer wieder Chancen auf eine frühzeitige Konfliktprävention ungenutzt bleiben, dass Krisen durch falsche Handels-, Entwicklungs- und Sicherheitspolitik verschärft werden.

Trotz alledem sind wir davon überzeugt, dass wir Globalisierung gestalten und die kollektive Sicherheit beeinflussen können. Wir sind sicher, dass wir unseren Einsatz für Werte und Demokratie in dieser Situation gerade nicht aufgeben, sondern verstärken müssen. Was wir brauchen, ist eine handlungsfähige Europäische Union, die sich auf die Werte der europäischen Idee stützt und starke Vereinte Nationen, die den globalen Multilateralismus repräsentiert. Deutsche Außenpolitik muss sich in diesem Rahmen für die Gestaltung einer friedlichen Welt stark machen. So können wir ein friedliches, gerechtes und nachhaltiges Zusammenleben auf diesem Planeten ermöglichen. Dafür brauchen wir jetzt Anstrengungen für eine gemeinsame europäische Außen- und Sicherheitspolitik, die auf nachhaltigen Lösungen aufbaut und zivile, humanitäre und entwicklungspolitische Maßnahmen ins Zentrum ihres Agierens stellt. Notwendig ist eine handlungsfähige VN, denen ihre Mitgliedsstaaten die nötigen politischen und finanziellen Ressourcen bereitstellen. Und wir brauchen Instrumente zur sozialen und ökologischen Gestaltung der Globalisierung, da wir Grüne davon überzeugt sind, dass sich die Lage durch den vom Menschen verursachten Klimawandel und die zunehmende Ressourcenknappheit noch verschärfen wird.

Wie groß die Herausforderungen sind, lässt sich an den aktuellen Konflikten festmachen. Sie erschüttern uns und erfordern in und an den Grenzen Europas unsere volle Hilfsbereitschaft und unseren ganzen Einsatz für eine Lösung der Konflikte. In Syrien und dem Irak ist ein Krieg ausgebrochen, der in eine unvorstellbare humanitäre Katastrophe geführt hat. Der Vormarsch des sogenannten ‚Islamischen Staats in Irak und Syrien‘ (ISIS) hat den ursprünglich vom Diktator Baschar al-Assad verantworteten blutigen Bürgerkrieg in Syrien mit über 200.000 Toten und fast 10 Millionen Flüchtlingen endgültig zu einem regionalen Flächenbrand ausgeweitet. An der ukrainisch-russischen Grenze erleben wir, wie die Europäische Friedensordnung und auch die Handlungsfähigkeit der VN auf eine harte Probe gestellt werden. Aber auch die Krisen, Kriege und Konflikte in der südlichen Nachbarschaft Europas dürfen angesichts dieser Situation nicht aus dem Blick geraten. Nicht nur, weil infolge innerer Konflikte in Ländern wie Libyen, Mali oder Algerien sowie durch Bürgerkriege in Afrika mehr Menschen versuchen, über das Mittelmeer nach Europa zu gelangen und tausende dabei ums Leben kommen, sondern vor allem auch aus unserer Verantwortung für die Menschen in der Region. Die EU darf daher nicht die Mauern der Festung Europas weiter hochziehen, sondern muss durch Hilfe vor Ort, aber auch durch eine großzügige Flüchtlingsaufnahme in Europa eine humanitäre Offensive starten.

Wir Grüne sind unter anderem aus den Friedens- und Menschenrechtsbewegungen hervorgegangen. Im Umgang mit internationalen Krisen setzt Grüne Politik immer in erster Linie auf zivile Konfliktprävention und Konfliktlösung, auf Dialog, Diplomatie und Deeskalation. Bei humanitärer Hilfe, dem Schutz von Flüchtlingen und Menschenrechten und der Stärkung des Völkerrechts sehen wir die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik besonders in der Pflicht. Unsere Politik ist eine Politik der militärischen Zurückhaltung.

Wir bekennen uns zu dem Konzept einer umfassenden Schutzverantwortung der VN. Dazu haben wir vor zwei Jahren in Hannover den entsprechenden Beschluss gefasst. Darin fordern wir, dass die internationale Gemeinschaft sich aktiv für den Schutz vor schweren Menschenrechtsverletzungen und staatlicher Willkür einsetzen muss. Sie ist verpflichtet, Staaten, die das nicht leisten können, zu helfen und gegen Staaten, die sich dem verweigern, im Rahmen des Völkerrechts politisch vorzugehen, in schwersten Fällen wie Völkermord gegebenenfalls als "ultima ratio" auf Grundlage eines Beschlusses der VN auch mit Gewalt. Wir wollen hierfür eine Weiterentwicklung des Völkerrechts. In den Fällen, für die ein notwendiger VN-Beschluss im Sicherheitsrat blockiert wird, wollen wir eine Problemlösung und Legitimation über die Generalversammlung der VN suchen. Die Generalversammlung sollte das Recht beanspruchen, nach dem Vorbild der „Uniting For Peace“-Resolution 377 von 1950 mit qualifizierter Mehrheit den Sicherheitsrat für blockiert zu erklären und an seiner Stelle friedensergebende Maßnahmen nach Kapitel VII der VN-Charta zu beschließen. Vor allem aber ist ein konsequentes, an den Menschenrechten und am Völkerrecht ausgerichtetes, präventives und kohärentes politisches Handeln zur Konfliktentschärfung gefordert. Würde die Verantwortung zur Prävention konsequenter umgesetzt, könnten Konflikte und Gewalt in vielen Fällen vermieden werden.

Wir setzen auf die Stärke des Rechts statt auf das Recht des Stärkeren. Der Einsatz militärischer Kriegsgewalt ist unabhängig von seinen Zielen ein großes Übel. Doch in manchen Situationen kann er geboten sein, um noch größeres Übel zu verhindern. Zur Friedenssicherung im Rahmen des Völkerrechts kann Militär zur unmittelbaren Gewalteindämmung notwendig sein. Allerdings kann so ein Friedensprozess bestenfalls unterstützt werden und ein Zeitfenster für Krisenbewältigung geschaffen werden. Frieden selbst kann durch Militär nicht verwirklicht werden.

Wir haben aus dem Kosovo-Krieg Konsequenzen gezogen und in einer intensiven Debatte Kri-

terien für Auslandseinsätze erarbeitet. Diese umfassen die Grundsätze der Kriegsverhütung und Friedenssicherung, die Hauptverantwortung der Konfliktparteien und das Prinzip „Do no harm“, das Primat der zivilen Krisenprävention, sowie das Offenlegen von Zielen und Interessen und den Einsatz von Militär nur als äußerstes Mittel. In die Souveränität von Staaten darf nur mit VN-Mandat und multilateral eingegriffen werden, ein Primat der Politik muss gelten und die Leistbarkeit und Verantwortbarkeit sind ebenso zu gewährleisten wie die Parlamentsbeteiligung und Akzeptanz. Anhand dieser Kriterien werden wir auch weiterhin alle Auslandseinsätze prüfen.

In der rot-grünen Regierungszeit haben wir die Rüstungsexportrichtlinien verschärft. Faktisch müssen wir aber feststellen, dass sich an der tatsächlichen Rüstungsexportpraxis der deutschen Regierung nur wenig geändert hat. Wir setzen uns deshalb weiterhin für eine restriktive und menschenrechtskonforme Rüstungsexportpolitik ein und wollen die bestehenden Richtlinien in ein verbindliches Rüstungsexportgesetz umgestalten.

Wir haben uns für ein Engagement im Rahmen der ISAF-Schutztruppe in Afghanistan entschieden, aber George W. Bushs völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen den Irak politisch bis zuletzt zu verhindern versucht und seine aktive Unterstützung verweigert. Einsätze der Bundeswehr im Ausland sind für uns immer Einzelfallentscheidungen. Wir haben und wir werden uns diese Entscheidungen nie einfach machen. Für uns verbietet sich ein pauschales Nein genauso wie eine oft automatisierte Zustimmung zu Einsätzen der Bundeswehr. Dafür gibt es gute Gründe, denn die Erfahrungen mit internationalen Einsätzen sind überwiegend ernüchternd. Oft haben Interventionen, in deren Rahmen Militär eingesetzt wurde, ihr Ziel nicht erreicht. Regionen konnten nicht stabilisiert werden und die Herstellung von Sicherheit und Frieden ist nicht gelungen. Das gehört zu der notwendigen Analyse für jede Debatte über Militäreinsätze, auch wenn es vielen, im Anblick von unbeschreiblichem Leid sehr schwer fällt, einem Mandat nicht zuzustimmen. Das heißt aber nicht, nichts zu tun. Wir setzen dabei auf einen multilateralen politischen Prozess, humanitäre Hilfe und Sanktionen. Militärisches Handeln kann nur das äußerste Mittel sein.

Deshalb beschäftigt uns auch die Debatte um die Verantwortung Deutschlands. Wir sind davon überzeugt, dass Deutschland und die EU mehr für Frieden und Sicherheit in der Welt leisten können und auch sollten. Einen Verantwortungsbegriff, hinter dem sich aber nur die Forderung nach der Ausweitung von deutschen Militäreinsätzen verbirgt, lehnen wir entschieden ab. Die diesbezüglichen Aussagen der Bundesregierung wurden auch als Forderung nach einem verstärkten deutschen militärischen Eingreifen verstanden, deshalb sagen wir ganz klar: Wir haben ein anderes Verständnis von der Verantwortung Deutschlands in der Welt. Für uns bedeutet sie insbesondere, eine vorausschauende und kohärente Politik zu betreiben sowie eine Kultur der militärischen Zurückhaltung zu pflegen. Eine verantwortungsvolle und glaubwürdige Außenpolitik legt einen stärkeren Fokus auf die Prävention und zivile Maßnahmen. Statt nur auf Krisen zu reagieren, müssen wir die strukturellen Konfliktursachen bekämpfen und Doppelstandards in unserer Außenpolitik vermeiden. Dafür müssen alle Politikfelder auf der Grundlage menschenrechtlicher Leitprinzipien aufeinander abgestimmt werden. Aufgrund der Globalisierung bestehen enorme Verflechtungen sowie zunehmende Ressourcenkonflikte, und unser Handeln hat stets positive wie negative Auswirkungen auf andere Regionen in der Welt. Deshalb müssen Rüstungsexporte beendet werden, die Friedensbemühungen zuwider laufen. Die deutsche und europäische Agrar- und Handelspolitik müssen wir so ausrichten, dass sie nicht den Hunger weltweit befördert, die lokalen Märkte in den Entwicklungsländern zerstört oder den Schutz und die Verteidigung der Menschenrechte unterwandert. Wir müssen aber auch die Frage nach Be-

teiligung an Konfliktbewältigung und -lösung in all ihren Facetten stellen.

Wir brauchen dafür eine EU, die ihr Friedensprojekt nicht nur nach innen praktiziert, sondern sich auch stärker für den Frieden, die Einhaltung der Menschenrechte und das Völkerrecht in der Welt engagiert. In der gemeinsamen Europäischen Außen- und Sicherheitspolitik soll der Europäische Rat, und damit die Staats- und Regierungschefs, die strategischen Interessen der EU und die allgemeinen Leitlinien festlegen. Die Mitgliedstaaten sind deshalb aufgerufen, ihr Vorgehen in enger Absprache mit der EU-Außenbeauftragten und Zusammenarbeit mit dem Europäischen Parlament zu koordinieren, damit die EU mit einer Stimme spricht. Nur so werden wir eine Antwort auf die aktuellen Krisen in Syrien und dem Irak sowie in der Ukraine geben können.

Verantwortlich handeln – für die Menschen und die Region Syrien und Irak

Seit über drei Jahren eskaliert in und um Syrien eine furchtbare humanitäre Katastrophe, die inzwischen auch den Irak voll erfasst hat. Die Leidtragenden sind insbesondere inzwischen über 12 Millionen Menschen, die auf humanitäre Hilfe angewiesen sind, unzählige Verletzte sowie die Angehörigen von mehr als zweihunderttausend Toten. Die internationale Gemeinschaft ist jedoch nicht in der Lage oder willens, ihrer Schutzverantwortung gerecht zu werden. Bislang gibt es keine abgestimmte, kohärente politische Strategie, sondern viele gegeneinander laufende Interessen der Einflussmächte in der Region.

Der brutale Vormarsch der Terrorgruppe ISIS in Syrien und im Irak stellt eine Katastrophe für die Region dar. Er muss durch international abgestimmte Maßnahmen gestoppt werden. Mit der Ausrufung eines Kalifats hat ISIS quasi-staatliche Strukturen etabliert. Dieses „Kalifat“ ist eine Pervertierung islamischer Glaubensgrundsätze und einzig und allein darauf ausgerichtet, totalitäre Herrschaft durch die Verbreitung von Angst und Schrecken auszuüben. ISIS agiert jedoch nicht blind ideologisch, sondern verfügt über eine strategisch gut organisierte Streitmacht. Hinzu kommt eine hochprofessionelle Marketingstrategie über die sozialen Netzwerke und das Internet, mit der es ISIS gelingt, auf frustrierte und perspektivlose Jugendliche aus der ganzen Welt eine hohe Anziehungskraft auszuüben. In Verbindung mit den militärischen Erfolgen zog ISIS so weltweit tausende freiwillige KämpferInnen an, etwa aus Deutschland, Belgien, Tunesien oder Saudi-Arabien.

Das Erstarken von ISIS ist auch die Konsequenz aus dem schrecklichen jahrelangen Bürgerkrieg in Syrien und einer verfehlten Irakpolitik des Westens und einer verfehlten Regierungsführung in Bagdad. Denn die militante Terrororganisation war ursprünglich ein Teil von Al-Qaida im Irak und konnte dort zunächst zurückgedrängt werden. Wegen der wachsenden Unzufriedenheit mit der Politik des ehemaligen Ministerpräsidenten al-Maliki gewann ISIS jedoch wieder neue Unterstützer, vor allem unter den von der Macht in Bagdad ausgeschlossenen Sunniten im Irak. Wir verurteilen die Gräueltaten und den Massenmord der ISIS an MuslimInnen, JesidInnen, ChristInnen, TurkmenInnen, SchiitInnen und SunnitInnen und Andersgläubigen und –denkenden aufs Schärfste. Gruppen wie die der JesidInnen haben Jahrtausende in der Region ihre Heimat, wir dürfen nicht zulassen, dass ihre Zukunft durch ISIS zerstört wird.

Wir brauchen eine humanitäre Offensive um die Not in Syrien und der Region zu lindern. Der weitere Vormarsch von ISIS muss aufgehalten werden. Angesichts der humanitären Krise halten wir die militärischer Nothilfe der USA und ihrer Partner in Form von Luftunterstützung gegen ISIS im Nordirak, das unmittelbar dem Schutz von Zivilistinnen und Zivilisten dient, für notwen-

dig; da sie von der irakischen Regierung angefordert wurde ist sie auch vom Völkerrecht gedeckt. Jedoch muss sich die Bundesregierung nun dafür einsetzen, dass der VN-Sicherheitsrat eine Resolution verabschiedet, die vor allem die zwei großen Konkurrenzkräfte der Region, Saudi-Arabien und Iran, aber auch die Türkei einbindet und in die Pflicht nimmt.

Das Erstarken und den raschen Vormarsch von ISIS im Nord-Irak kann man nicht ohne einen Blick auf das bürgerkriegszermürbte Syrien verstehen und beantworten. In Syrien hat das Assad-Regime seit 2011 Proteste niedergeschlagen und im Bürgerkrieg auf schlimmste Menschenrechtsverletzungen wie Aushungern, Vergewaltigung, Folter, den Einsatz von Chemiewaffen oder den Abwurf von Fassbomben über Wohngebieten gesetzt. Auch haben einige westliche und arabische Staaten durch undifferenzierte und inkohärente Strategien zum Sturz Assads den Konflikt mit angeheizt und die Region mit destabilisiert. Aufständische wurden nicht nur politisch unterstützt, sondern auch mit Waffenlieferungen, MilitärausbilderInnen und geheimdienstlichen Informationen. Einige Gruppierungen, die aus Katar und Saudi-Arabien unterstützt wurden, bilden heute tragende Säulen von ISIS.

Die westliche Staatengemeinschaft hat keine Strategie gefunden, die ursprünglich friedliche und säkulare Opposition gegen das Assad-Regime zu stärken. Assad hat zudem gezielt radikale Kräfte aus syrischen Gefängnissen entlassen, um die friedliche Opposition zu schwächen und zu diskreditieren. Der demokratisch ausgerichtete Protest gegen das Assad-Regime wurde mehr und mehr von islamistischen Gruppen gekapert; die Menschenrechtsverletzungen nahmen auch auf Seiten der Aufständischen zu. Deutschland und die EU sollten in Abstimmung mit der internationalen Gemeinschaft die gemäßigeren und konstruktiven Oppositionsparteien unterstützen. Sie kämpfen seit über drei Jahren mit dem Mut der Verzweiflung gegen das grausame Assad-Regime. Den „Freunden Syriens“ und den Aufständischen gelang es seit 2011 nicht, das Assad-Regime zu stürzen, auch weil dieses seinerseits Militärhilfen von Russland und dem Iran erhielt.

Daher sind wir strikt gegen eine Kooperation mit Assad. Aus Angst vor noch mehr Gräueltaten würde diese, wie auch immer sie aussähe, noch mehr Rekruten in die Arme von ISIS treiben und dem Kampf gegen die Straffreiheit bei Verbrechen gegen die Menschlichkeit schweren Schaden zufügen. Klar ist: Die Krise in der Region ist letztlich nur politisch zu lösen, und nicht allein militärisch. Jetzt rächt sich, dass die internationale Gemeinschaft – der Westen, die Anrainerstaaten und die Vereinten Nationen (VN) – seit Beginn des syrischen Bürgerkrieges in 2011 keine wirksame Strategie für eine friedliche Lösung gefunden hat.

Eine humanitäre Offensive starten

Was die Region jetzt zu allererst braucht ist eine umfassende politische und humanitäre Offensive, um die dramatische Lage vor Ort zu entschärfen. In Syrien wurden geschätzt über 200.000 Menschen getötet und fast sieben Millionen SyrerInnen zu Vertriebenen im eigenen Land. Hinzu kommen mehr als 3 Millionen Menschen, die aus Syrien und Irak in die Anrainerstaaten geflohen sind. Diese enorm hohen Flüchtlingszahlen stellen eine große Herausforderung für die Infrastruktur und die politische Stabilität der aufnehmenden Gesellschaften dar, wie etwa im politisch krisenanfälligen Libanon, wo die Flüchtlinge nicht in offiziellen Lagern aufgenommen wurden. Durch den teilweisen Ausschluss vom Bildungs- und Gesundheitssystem verliert eine ganze Generation die Aussicht auf eine bessere Zukunft. Besonders betroffen sind PalästinenserInnen, die aus Syrien fliehen mussten und so zum zweiten Mal zu Flüchtlingen wurden.

Im Irak sind 1,9 Millionen Menschen zu Binnenvertriebenen geworden. Ihnen mangelt es vor allem an Wasser, Nahrung und festen Unterkünften; besonders für den bevorstehenden Winter braucht es dringend Vorkehrungen. Angesichts der inzwischen über 12 Millionen Menschen, die auf umfassende humanitäre Hilfe angewiesen sind, wird die gesamte Region weiter politisch destabilisiert. Wir anerkennen die Leistungen der Anrainerstaaten, der aufnehmenden Gemeinden und der vielen zivilen wie VN-Hilfsorganisationen, die sich unter den immens schwierigen Bedingungen für die Belange der Flüchtlinge in Syrien, Irak und deren Nachbarstaaten einsetzen. Auch begrüßen wir die Bereitschaft der EU, humanitäre Hilfe im größeren Umfang für die Region bereitzustellen. Gleichzeitig kritisieren wir allerdings, dass es bislang keine ernsthaften Bemühungen gegeben hat, über die VN zu einer umfassenden Lösung und Bearbeitung der Krise zu kommen.

Die internationale Staatengemeinschaft hat eine menschenrechtliche Verantwortung, die humanitäre Katastrophe in der Region und den Terror von ISIS nicht hinzunehmen. Dies trifft gerade auch auf die Staaten zu, die die regionalen Diktaturen im Namen von Stabilität und Sicherheit geduldet oder sogar unterstützt haben und sie als Rohstofflieferanten und Absatzmärkte nutzen – etwa für enorm teurere Rüstungsgeschäfte. Nicht zuletzt haben insbesondere die USA und die Staaten der ehemaligen „Koalition der Willigen“ eine besondere historische Verantwortung den Menschen im Irak zu helfen.

Wir fordern humanitäre Hilfe für die Region signifikant zu erhöhen. Dies ist dringend notwendig. Klar ist: Die Binnenvertriebenen und die Flüchtlinge werden auf lange Zeit nicht in ihre Heimat zurückkehren können. Darum ist es zwingend notwendig, bei allen Maßnahmen zur humanitären Hilfe bereits den Übergang von Nothilfe zu Wiederaufbau und partnergerechter Entwicklungszusammenarbeit mit einzuplanen und zu verbessern. Dazu gehört, in Abstimmung mit den internationalen Partnern den Irak zu einem Partnerland der deutschen Entwicklungszusammenarbeit zu machen sowie die regionale Zusammenarbeit zu stärken und für die betroffenen Länder auf weit über zehn Jahre hinweg zivile Aufbaumittel bereitzustellen, in ähnlicher Höhe wie für vergleichbare Post-Konflikt-Staaten. Denn solche Länder benötigen im Durchschnitt ca. 30 Jahre, bis die staatlichen Institutionen wieder weitestgehend funktionstüchtig sind.

Internationale Konfliktlösungen voranbringen

Wir Grüne werden weiter Druck auf die Bundesregierung ausüben, damit sie die humanitäre Hilfe deutlich erhöht und ihre diplomatischen Bemühungen intensiviert. Die Bundesregierung sollte auf eine VN-Resolution hinwirken, um die Grundlage für ein Handeln im Rahmen der VN im Sinne der Schutzverantwortung, ggf. auch mit militärischen Mitteln, zu schaffen. Dass die Vereinten Nationen ISIS einen versuchten Völkermord vorwerfen, verdeutlicht, wie wichtig es ist, dies unverzüglich anzugehen.

Die Resolution 2170 (2014) des VN-Sicherheitsrats zum Austrocknen der Finanzquellen von ISIS und der Verhinderung von weiterem Zuzug von ISIS-KämpferInnen kann nur ein erster Schritt sein. Der Ölverkauf von ISIS und die externe Finanzierung müssen unterbunden werden. Die internationale Gemeinschaft muss weitere Anstrengungen unternehmen und den Druck auf Katar, Saudi-Arabien und die Türkei erhöhen, um die logistische und finanzielle Unterstützung für ISIS aus diesen Ländern zu unterbinden. Dazu muss auch Deutschland einen Beitrag leisten. Zumal die deutsche Rüstungsindustrie mit Genehmigung der deutschen Regierung über Jahre hinweg Waffen in die Region geliefert hat, die nun im Irak und in Syrien zum Einsatz kommen. ISIS finanziert sich zudem auch durch den Handel mit geraubtem Kulturgut. Wir setzen uns dafür ein,

den Handel mit syrischen Antiquitäten weltweit unter Strafe zu stellen. Wir fordern die Bundesregierung und die EU auf, sich aktiv international für Sanktionen gegen Akteure insbesondere aus Katar und Saudi-Arabien einzusetzen, wenn diese Staaten nicht glaubwürdig an der Austrocknung der Finanzierungsquellen und der Verhinderung einer weiteren Aufrüstung von ISIS mitwirken. Und Deutschland muss auf das die Türkei einwirken.

Das NATO-Mitglied Türkei kann und darf nicht weiterhin als Rückzugsraum und Transferland für ISIS bereitstehen und gleichzeitig aus politischem Kalkül, die KurdInnen in Syrien im Stich zu lassen. Eine Beteiligung der Türkei an der internationalen Allianz gegen ISIS, gestützt auf ein VN-Mandat, könnte auch die Chancen auf Fortschritte im türkischen Friedensprozess mit den Kurden und Kurdinnen erhöhen. Es ist ein wichtiger Schritt für ein geschlossenes Auftreten kurdischer Gruppen, dass PYD und KRG zu einer neuen Übereinkunft gekommen sind, die den Einsatz nordirakischer Kräfte in Syrien ermöglicht.

Wir zollen der Türkei, und den anderen Nachbarstaaten Syriens großen Respekt für ihre Aufnahme der Flüchtlinge. Es ist wichtig, dass die Türkei ihre Grenzen weiterhin offen hält. Auch muss die Türkei endlich syrischen KämpferInnen, die sich gegen ISIS in Syrien stellen wollen, den Grenzübertritt ermöglichen, so dass auch die in Kobane eingeschlossenen Kurdinnen und Kurden besser unterstützt werden können. Angesichts des türkischen Friedensprozesses mit den KurdInnen stellt sich zunehmend die Frage, inwiefern das PKK-Verbot auf Dauer noch Bestand haben kann. Allerdings ist auch die PKK aufgefordert ihren Alleinvertretungsanspruch für die KurdInnen und autoritäre Tendenzen abzulegen sowie auf Gewalt in der politischen Auseinandersetzung zu verzichten. Die Bundesregierung muss den Friedensprozess unterstützen und im Zuge dessen eine Aufhebung des PKK-Verbots prüfen.

Wir wissen, dass die aktuelle Situation so brisant ist, dass der Vormarsch von ISIS nicht ohne militärisches Eingreifen gestoppt werden kann. Das Ziel der Staatengemeinschaft muss einerseits sein, den KurdInnen, JesidInnen und ChristInnen möglichst schnell humanitäre Unterstützung zukommen zu lassen und andererseits die Schreckensherrschaft von ISIS zu beenden. Wir wollen beides erreichen, denn mit jedem weiteren Tag werden mehr Menschen ermordet, vertrieben, verschleppt oder unterdrückt.

Waffenlieferungen in Krisenregionen¹ bergen ein immenses Proliferationsrisiko und drohen Konflikte anzuzünden oder neue mit auszulösen. Gemeinsam kritisieren wir die Bundesregierung deshalb, dass sie im Rahmen dieser Frage keine kohärente Strategie vorgelegt hat. Wir begrüßen, dass sich die große Mehrheit der grünen Bundestagsfraktion gegen die Pläne der Bundesregierung Waffen zu liefern entschieden hat, respektieren jedoch auch die Gewissensfreiheit der Abgeordneten, die zu einer anderen Einschätzung gelangt sind.

Angesichts der extremen Bedrohung der Zivilbevölkerung in Syrien und Irak, ist ein gemeinsames, effektives Vorgehen im Sinne der Schutzverantwortung durch die VN längst überfällig. Die Bundesregierung sollte sich daher für Beschlüsse im Rahmen der Vereinten Nationen einsetzen; insbesondere für eine Feststellung, dass der syrische Staat der Schutzverantwortung für seine BürgerInnen nicht gerecht wird und diese daher von der internationalen Gemeinschaft im Rah-

¹An dieser Stelle wurde abgestimmt, ob der Satz „Waffenlieferungen in Krisenregionen halten wir für falsch.“ eingefügt wird oder nicht. Ergebnis: dafür 313 Stimmen (49%); dagegen: 299 (47%); Enthaltung: 24 (4%). Damit hat laut Geschäftsordnung keine der Optionen die notwendige Mehrheit erreicht. Das zeigt, dass wir mit dieser schwierigen Debatte noch nicht am Ende sind.

men der Vereinten Nationen wahrgenommen werden muss. Da die Vetomächte im VN-Sicherheitsrat USA, Großbritannien und Frankreich einerseits sowie Russland andererseits in Syrien entgegengesetzte Ziele verfolgten, war bisher kein gemeinsames Vorgehen möglich. Die gegenseitige Blockade des Sicherheitsrates wurde durch die Haltung Russlands zur Mandatsüberdehnung im Libyen-Einsatz befördert.

Deutschland und die EU sollten im Rahmen der Vereinten Nationen die Entwicklung einer kohärenten, politischen Strategie vorantreiben, damit ISIS langfristig eingedämmt werden kann. Sollte es zu einem VN-Mandat, für militärische Maßnahmen kommen, dann sollte die Bundesregierung eine Beteiligung daran prüfen.

Allerdings kann ein Nichthandeln aufgrund einer Blockadehaltung einer oder mehrerer Vetomächte das Völkerrecht und die VN ebenso massiv beschädigen wie das Eingreifen ohne ein Mandat. Wir fordern Russland und China deshalb auf, im VN-Sicherheitsrat endlich den Weg für eine politische Lösung des Konflikts freizumachen. Wenn der Sicherheitsrat weiter blockiert bleibt, sollte sich Deutschland für einen Beschluss der VN-Generalversammlung einsetzen, der nach dem Vorbild der „Uniting For Peace“-Resolution 377 mit qualifizierter Mehrheit den Sicherheitsrat für blockiert erklärt und an seiner Stelle friedens erzwingende Maßnahmen nach Kapitel VII der VN-Charta beschließt.

Eine tragfähige Lösung für die Region vorantreiben

Wir brauchen auch eine langfristige Strategie, wie wir zur Stabilisierung der Region beitragen können, denn der Schlüssel zur wirksamen Bekämpfung von ISIS liegt in der Region. Die EU sollte ein entwicklungs-, außen- und sicherheitspolitisches Konzept für die dramatische Situation vor Ort vorgelegen und sich für einen politischen Prozess stark machen, der unter Führung der VN und zusammen mit dem Golf-Kooperationsrat und der Arabischen Liga eine regionale Konfliktlösung zum Ziel hat. Dabei sollen vor allem die zwei großen Konkurrenzkräfte der Region, Saudi-Arabien und Iran, aber auch die Türkei eingebunden werden. Zudem sollte das Mandat des Sondergesandten auf den Irak ausgeweitet und auch von der Arabischen Liga getragen werden.

Wir fordern die Bundesregierung auf, sich als Beitrag zu einer politischen Lösung für eine regionale Friedenskonferenz einzusetzen. Ziel sollte sein, dass es stabile Regierungen in der Region gibt, die alle Bevölkerungsgruppen gleichberechtigt repräsentieren und einen Aussöhnungsprozess voranbringen.

Eine politische Lösung im Irak ist für den langfristigen Wiederaufbau im Land und in der Region von zentraler Bedeutung. Wir begrüßen daher den Rücktritt von Nuri al-Maliki, der mit seiner Politik der Ausgrenzung gegenüber den SunnitInnen zu einer Destabilisierung des Iraks beigetragen hat. Sein Nachfolger al-Abadi hat mit der Bildung einer neuen Regierung erste wichtige Schritte getan. Er muss einen Aussöhnungsprozess zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen voranbringen, denn ohne eine echte Beteiligung aller Bevölkerungsgruppen an der Gestaltung der Politik gibt es kein Fundament für einen langfristigen Frieden im Irak. Dazu gehört, die den KurdInnen verfassungsgemäß zustehenden 17 % der staatlichen Öleinnahmen sowie den ihnen zustehenden Teil der irakischen Rüstungsgüter schnellst möglich frei zu geben. Es wäre fatal, die politischen, diplomatischen und militärischen Bemühungen darauf zu konzentrieren, nur die kurdische Region von den ISIS-Kämpfern zu befreien und eine Art Pufferzone in einer vom Terror drangsalieren Region zu schaffen. Das würde weder der Region noch den Menschen Sicherheit und eine Perspektive bringen. Außerdem muss es gelingen, die sunnitischen Stämme und die mehrheitlich von sunnitischen AraberInnen bewohnten Gebiete einzubinden

und davon zu überzeugen, dass ihre Interessen durch die Zentralregierung in Bagdad besser gewahrt werden. Nur so kann es gelingen, die ehemaligen BaathistInnen und OffizierInnen der Saddam-Armee von ISIS zu trennen.

Eine selbstkritische Reflexion der eigenen Geschichte und damit der eigenen Verantwortung, insbesondere in Bezug auf das Sykes-Picot-Abkommen, das die koloniale Gebietsaufteilung zwischen Großbritannien und Frankreich in der Region teilweise willkürlich festlegte, ist längst überfällig. Die berechtigte Kritik an der kolonialen Vergangenheit darf jedoch nicht dazu missbraucht werden, um die gewaltsame Infragestellung von Grenzen zu rechtfertigen. Eine Veränderung der territorialen Aufteilung der Region darf nur in einem friedlichen und regional abgestimmten Prozess erfolgen, dessen Ziel die Umsetzung des Selbstbestimmungsrechtes sein muss. Wir unterstützen die kurdische Autonomie-Regierung der Region Kurdistan-Irak bei ihren Bemühungen zur Bekämpfung von ISIS und dabei, die zahlreichen Flüchtlinge zu versorgen, die sie mit großer Selbstverständlichkeit aufgenommen haben. Wir halten eine politische Lösung der aktuellen internen Konflikte innerhalb des Irak und ein abgestimmtes strategisches Vorgehen gegen eine Herrschaft von ISIS in den von ihr kontrollierten Gebieten für die dringlichste Aufgabe, die nur mit einer funktionierenden Zentralmacht im Irak erreicht werden kann. Das legitime Bestreben der KurdInnen im Nordirak, langfristig per Referendum friedlich und unter Einhaltung von internationalem Recht ihren eigenen Staat zu gründen, darf nicht bedeuten, beim Bestreben der Aussöhnung der irakischen Bevölkerungsgruppen in der aktuellen Situation nachzulassen. Die ausstehende politische Lösung für die Kurdenfrage sollte nicht länger aufgeschoben werden, ansonsten wird dieser Konflikt einem koordinierten Vorgehen gegen den „Islamischen Staat“ und einer Stabilisierung der Region im Wege stehen. Insbesondere muss der Friedensprozess in der Türkei mit den Kurden als Chance begriffen werden. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass die EU eine stärkere Rolle für die Stabilisierung und das Vorantreiben des Prozesses einnimmt.

Verantwortung auch in Deutschland übernehmen

Schließlich müssen Deutschland und Europa dazu bereit sein, deutlich mehr Flüchtlinge aufzunehmen, um die Lage vor Ort und in den Nachbarländern Jordanien, Libanon und der Türkei zu entlasten. Wir fordern ein umfassendes Aufnahmeprogramm für Flüchtlinge aus Syrien und Irak in Deutschland und der EU. Dazu braucht es zuallererst eine Flüchtlingsaufnahmekonferenz der EU-Staaten, um eine gerechte und umfassende Verteilung der Flüchtlinge in der EU zu koordinieren. Deutschland muss mehr leisten, als es dies im Rahmen der bisherigen Kontingente tut, denn es verfügt über weit mehr Kapazitäten und Möglichkeiten als z.B. das kleine Land Libanon, das bisher 1,6 Millionen Menschen aufgenommen hat. Dies trifft ebenso auf die europäischen Nachbarstaaten zu. Wir fordern, die Kontingente für Flüchtlinge aus der Region zu vervielfachen: in einem Maße, das die Nachbarländer Syriens und des Iraks signifikant entlastet. Daher sollte sich die Bundesregierung endlich aktiver für eine gesamteuropäische Strategie zur Aufnahme von Flüchtlingen einsetzen, insbesondere für eine Ausweitung und Koordination weiterer Kontingentverfahren und für vereinfachten Familiennachzug nach Deutschland und in die EU. Höhere Kontingente bedeuten zugleich, dass mehr, auch finanzielles, Engagement für die Unterbringung und Versorgung von Asylsuchenden vonnöten ist. Hierbei dürfen die Länder und Kommunen nicht allein gelassen werden. Zudem brauchen wir Integrationsleistungen vom ersten Tage an. Nur wer schnell die Sprache lernen und Schulen besuchen kann, wer Zugang zum Arbeitsmarkt hat oder seine Abschlüsse anerkennen lassen kann, wird zeitnah selbstbestimmt in Deutschland leben können.

Die deutsche Gesellschaft ist angesichts des immensen Leids in Syrien und Irak bereit Flüchtlinge

in größerem Maße aufzunehmen, als dies bisher der Fall ist. Die Bundesregierung muss sich an diesem Mitgefühl ein Beispiel nehmen und Länder und Kommunen bei der Bewältigung der Flüchtlingsaufnahme strukturell und finanziell unterstützen. Wir bekräftigen jedoch auch, dass alle ethnischen und religiösen Bevölkerungsgruppen in der Region eine Zukunft in ihrer Heimat haben müssen.

Spätestens seitdem der VN-Sicherheitsrat alle Mitgliedsstaaten dazu auffordert, aktiv gegen ISIS-UnterstützerInnen vorzugehen, wird auch in Deutschland intensiv über geeignete Maßnahmen diskutiert - leider erst nachdem bereits hunderte SympathisantInnen in den Nahen Osten gereist sind, um dort für ISIS und andere Gruppen an Kämpfen teilzunehmen. Statt sich täglich mit populistischen Vorschlägen zu überbieten, muss die Bundesregierung endlich eine mit den Bundesländern abgestimmte, kohärente Strategie vorstellen.

Der Vorschlag der Innenministerkonferenz zur Ausstellung von Ersatzausweisen, um die Ausreise von ISIS-UnterstützerInnen zu verhindern, geht am Kernproblem vorbei und schafft neue Risiken. Statt sich in Scheindebatten über zusätzliche Vermerke in Ausweispapieren zu verlieren, muss die Bundesregierung die vorhandenen Instrumentarien konsequent nutzen und die Ausreisekontrollen effektiveren. Maßnahmen, welche die Ausreise von ISIS-UnterstützerInnen mit rechtsstaatlichen Mitteln wirksam unterbinden, unterstützen wir ausdrücklich. Ersatzausweise lehnen wir aber auch deshalb ab, weil es hierdurch im alltäglichen Rechtsverkehr zu einer Stigmatisierung kommen kann. Über einen Datenabgleich an den Schengen-Außengrenzen ist bereits heute ersichtlich, ob gegen eine Person eine Ausreisebeschränkung vorliegt.

Entschieden wenden wir uns auch gegen Vorschläge aus Reihen der Großen Koalition, mutmaßlichen ISIS-UnterstützerInnen die deutsche Staatsbürgerschaft zu entziehen. Abgesehen davon, dass ein solcher Schritt verfassungsrechtlich kaum durchzusetzen sein dürfte, muss endlich zur Kenntnis genommen werden, dass die Radikalisierung von in Deutschland aufgewachsenen Menschen ein Problem dieser Gesellschaft ist, das auch in dieser Gesellschaft gelöst werden muss. Gleiches gilt für die Ausweisung von ISIS-Sympathisanten mit nicht-deutscher Staatsbürgerschaft. Ein solches Vorgehen, das auch gegen die aktuelle Sicherheitsrats-Resolution (2178) verstößt, ist entschieden abzulehnen.

Die Bundesregierung muss eine langfristige und finanziell angemessen unterfütterte Deradikalisierungs- und Präventionsstrategie vorlegen. Dass der Bundeshaushalt in diesem Bereich im letzten Jahr noch einmal um fast 25% gekürzt wurde, ist vor dem Hintergrund der aktuellen Lage und Diskussionen absolut unverständlich. Wir wissen aber, dass alle Mittel des Rechtsstaates notwendig sein können. Volksverhetzungsrhetorik – wie die mancher Prediger gegen Jesidinnen und Jesiden – die gegen den sozialen Frieden unserer Gesellschaft gerichtet ist, darf eine wehrhafte Demokratie nicht hinnehmen.

Der Konflikt in der Ukraine muss friedlich gelöst werden

Wir erleben in Europa eine schwerwiegende Krise der europäischen Sicherheit und des Völkerrechts. Die Situation in der Ukraine ist für die europäische Friedensordnung entscheidend, weil es um das Selbstbestimmungsrecht eines souveränen Staates geht. Wir Grüne wünschen uns eine enge Partnerschaft mit allen Nachbarn der EU. Allerdings hat Russland mit der Annexion der Krim und dem Vorgehen in der Ost-Ukraine zentrale Pfeiler der europäischen Sicherheitsarchitektur in Frage gestellt: die nationale Souveränität und territoriale Integrität der Staaten, die Verpflichtung zur gewaltlosen Konfliktlösung und die Ablehnung gewaltsamer Grenzverschie-

bungen sowie das Einhalten internationaler Verträge. Diese Verstöße sind für uns nicht hinnehmbar. Trotzdem bleiben wir für einen Dialog mit Russland offen, um auf eine Verständigung hinzuwirken. Die Aufgabe der EU ist es, in dieser ersten Krise ihr Potenzial als Zivilmacht zur Deeskalation, zur zivilen Konfliktbearbeitung und Friedensförderung einzusetzen.

Für uns Grüne sind in dieser Situation zwei Richtlinien entscheidend: Die UkrainerInnen müssen selbst über ihre Zukunft entscheiden können. Und wir müssen einen Rückfall in die Zeiten des Kalten Krieges verhindern. Wir bestehen im Zuge des Selbstbestimmungsrechtes der Ukrainerinnen und Ukrainer auch auf ihrem Recht, eine EU-Beitrittsperspektive anzustreben. Dabei sollte die Ukraine nicht vor die Wahl zwischen einer Annäherung an die EU und einem guten Verhältnis zu Russland gestellt werden.

Ein NATO-Beitritt der Ukraine steht für uns nicht zur Debatte; diese Diskussion hilft weder der Ukraine noch dem Frieden in Europa weiter. Die Entscheidung, das unsinnige und teure NATO-Raketenabwehrsystem gegen Russland voranzutreiben, hat die Beziehungen in den letzten Jahren unnötig belastet und eine Verständigung erschwert. Russland und die NATO dürfen keine Schritte unternehmen, welche die Gefahr einer militärischen Eskalation verstärken. Stattdessen können Abrüstungsverhandlungen zur Deeskalation und Vertrauensbildung beitragen ebenso eine deeskalierende Rhetorik von allen Seiten.

Das Verhältnis zwischen Ukraine und Russland entspannen

Wie groß die Herausforderung in der Ukraine ist, zeigen die aktuellen Entwicklungen: Die große Mehrheit der ukrainischen Bevölkerung im Osten und Westen steht der russischen Intervention auf der Krim und den verdeckten Militäraktionen im Osten des Landes eindeutig ablehnend gegenüber. Die Übergangsregierung, der neu gewählte Präsident Poroschenko sowie alle Parteien im ukrainischen Parlament vertreten einhellig die Meinung, dass ein externer Angriff auf ihr Land stattfindet, der Völkerrecht verletzt, und fordern Russland auf, die Annexion der Krim rückgängig zu machen sowie verdeckte Truppen aus der Ostukraine abziehen. Die so genannten Referenden auf der Krim und in der Ostukraine werden für illegal gehalten und nicht anerkannt.

Wir verurteilen die völkerrechtswidrige Verletzung der territorialen Integrität der Ukraine durch die russische Annexion der Krim und durch separatistische Bewegungen sowie russische MilizionärInnen in der Ostukraine. Die Ukraine hat 1994 als eines der wenigen Länder ihre Atomwaffen vollständig abgegeben. Sie hat dafür 1994 mit dem Budapester Memorandum eine Garantieerklärung für ihre territoriale Integrität von Russland, Großbritannien und den USA erhalten. Diese Verletzung gerade durch eine der Garantiemächte selbst stellt einen besonders schwerwiegenden Bruch des Völkerrechts dar, insbesondere auch, da dies ein schwerer Rückschlag im weltweiten Kampf um nukleare Abrüstung ist. Die territoriale Integrität der Ukraine inklusive der Krim muss deshalb von den bisherigen Garantiemächten Russland, Großbritannien, USA und der Europäischen Union erneut festgeschrieben werden.

Mit Sorge sehen wir, wenn Wladimir Putin von Teilen der Ukraine mittlerweile öffentlich als „Neurussland“ spricht. Die Destabilisierung des Landes wurde von außen in das Land hineingetragen. Der Konflikt in der Ostukraine hat inzwischen tausenden Menschen das Leben gekostet. Bewaffnete und zum Teil von Russland gesteuerte Gruppen reklamieren die Hoheit über einen Teil des ukrainischen Staatsgebiets. Der Kreml setzt dabei kaum verdeckt Truppen auf ukrainischem Boden ein und lässt zu, dass Waffen und KämpferInnen über die Grenze aus Russland in

die Ukraine kommen können. Die Berichte über die menschenrechtliche Lage in den von den Separatisten kontrollierten Gebieten, sind erschütternd. Ihr militärisches Vorgehen richtet sich gegen die Bevölkerung sowie internationale BeobachterInnen und ist von Kriegsverbrechen begleitet. Die ukrainische Regierung ist zur Verteidigung der Bevölkerung und der staatlichen Souveränität des Landes auch mit militärischer Gewalt gegen die SeparatistInnen vorgegangen. Allerdings hat mitunter auch das Vorgehen des ukrainischen Militärs nicht zu einer Deeskalation beigetragen. Auch von ukrainischen Kräften wurden anscheinend Kriegsverbrechen verübt, die aufgeklärt und bestraft werden müssen. Außerdem sehen sich beide Seiten mit dem Vorwurf konfrontiert, dass Streumunition eingesetzt wurde. Es muss aufgeklärt werden, ob und durch wen es zum Einsatz dieser international geächteten Waffe gekommen ist. Sollten sich die Vorwürfe bestätigen, müssen die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden. Darüber hinaus müssen beide Staaten endlich dem Übereinkommen über Streumunition beitreten.

Es muss schnellstmöglich eine vollständige, unabhängige internationale Untersuchung zu den Schüssen auf dem Kiewer Maidan und den Vorkommnissen in Odessa am 2. Mai 2014 geben. Auch der Absturz des Flugzeugs MH17 kann nur umfassend aufgeklärt werden, wenn der uneingeschränkte Zugang zu der Absturzstelle im durch die SeparatistInnen kontrollierten Gebiet ermöglicht wird. Alle Versuche, Verletzungen der Menschenrechte und des humanitären Völkerrechts in der Ukraine zu dokumentieren, sollten mit Blick auf eine zukünftige Strafverfolgung unterstützt werden. Die Verantwortlichen auf allen Seiten des Konflikts müssen zur Rechenschaft gezogen werden.

Bei Verhandlungen im weißrussischen Minsk wurde Anfang September zwar ein Waffenstillstand ausgehandelt, doch er ist brüchig und die bewaffneten KämpferInnen nutzen die Situation für weitere Landgewinne. Wir appellieren an alle Seiten, diese Chance dennoch zu nutzen. Die Europäische Union und Deutschland sind aufgefordert, humanitäre Winterhilfe für die unter den kriegsähnlichen Zuständen notleidende Bevölkerung in der Ukraine zu leisten. Hunderttausende Flüchtlinge und Millionen vor Ort Verbliebene haben keine winterfesten Unterkünfte. Sie haben ihre Arbeitsstellen und Einkünfte verloren und befinden sich in existenzieller Not.

Die friedensfördernde Wirkung von Wirtschaftsbeziehungen nutzen

Wir begrüßen die Ratifizierung des Assoziierungsabkommens der EU mit der Ukraine. Es schließt eine enge Zusammenarbeit zwischen der Ukraine und Russland nicht aus, sondern erlaubt ausdrücklich, Freihandelsabkommen mit den Staaten der Eurasischen Zollunion und ihrer Nachbarschaft abzuschließen. Wir akzeptieren nicht, wenn Russland den Freihandelspart des ukrainisch-europäischen Assoziierungsabkommens bis zum vollständigen Inkrafttreten wieder in Frage stellt. Mit Blick auf Russland hat die EU in den vergangenen Jahren auch Fehler gemacht. So wurde unterschätzt, wie sehr die russische Regierung durch das EU-Assoziierungsabkommen ihre Interessen beeinträchtigt sah.

Die Assoziierung mit der EU sollte für die Ukraine mit einer Option für spätere Teilabkommen mit Russland versehen werden. Die Ukraine wählt ihre wirtschaftliche Assoziierung selbst und frei. Solch eine Aufstellung kann nicht nur für die Ukraine wirtschaftlichen Erfolg versprechen, sondern auch für andere Modelle sein. Wir stehen der Perspektive eines gemeinsamen Wirtschaftsraumes der EU und ihrer östlichen Nachbarn positiv gegenüber.

Die bedeutenden wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den EU-Staaten – besonders Deutschland – und Russland haben grundsätzlich eine friedensfördernde Wirkung, denn es gibt auf beiden Seiten ein Interesse daran, sie zu erhalten. Doch zeigen die Herunterstufung der Bonität

Russlands durch die Ratingagenturen sowie der Kapitalabzug, dass Russland sich gegenwärtig durch aggressives Verhalten, das Instabilität nach innen und außen hervorruft, selbst schadet. Im Ukraine-Konflikt verbietet sich jede Form von militärischer Intervention. Die Lösung kann nur eine politische und diplomatische sein. Deshalb haben wir die besonnene, schrittweise Sanktionspolitik der EU, immer verbunden mit Angeboten des Dialogs, unterstützt. Eine mögliche Revision der Sanktionen hängt vom weiteren Verhalten Russlands ab. Die Individualsanktionen wie Einreisebeschränkungen gegen einzelne Verantwortliche für den Bruch des Völkerrechts und das Einfrieren ihrer Konten haben eine hohe symbolische Bedeutung.

Dringend erforderlich ist zudem der konsequente Stopp aller Rüstungsexporte der Bundesrepublik nach Russland einschließlich des Exportverbots von Dual-Use Gütern. Erfolgte Genehmigungen für Rüstungsexporte müssen widerrufen werden.

Wir wollen aber auch mit einem deutlich umfangreicheren Engagement und zeitlich forciert zum ökologischen Umbau der Wirtschaft der osteuropäischen Staaten beitragen. Eine EU-Energieunion, die auf erneuerbare Energien, Effizienz und Energieeinsparung setzt, kann ein Weg sein, Energiesicherheit und -solidarität innerhalb der EU zu stärken; sie muss auf erneuerbare Energien, Effizienz und Energieeinsparung setzen statt auf Kohle und Atom und so den Klimaschutz voranbringen. Auch wenn wir schnellstmöglich aus den fossilen Energieträgern aussteigen müssen: Europa wird mittelfristig auf den Energieträger Gas und damit auch auf russische Quellen und ukrainische Durchleitung angewiesen sein. Wir fordern die internationale Gemeinschaft, namentlich die VN und die IAEO, daher auf, schnellstmöglich gemeinsame Schritte zur Sicherung der ukrainischen Atomanlagen vor Anschlägen und Störfällen sowie des radioaktiven Materials vor unbefugtem Zugriff zu unternehmen. Ziel sollte die Sicherung der Atomruine von Tschernobyl sowie der 15 noch laufenden AKW-Blöcke und die baldmöglichste Abschaltung der Meiler sein.

Deeskalation durch Dialog

Bei der Suche nach Konfliktlösungen sollte die Sicht aller Seiten zur Kenntnis genommen werden. In Russland und in weiten Teilen der internationalen Gemeinschaft haben sich diametral entgegengesetzte Interpretationen der Krise in der Ukraine und der Rolle internationaler Akteure verfestigt. Das Fehlen eines gemeinsamen Verständnisses der Faktenlage erschwert die internationalen Bemühungen um eine Verhandlungslösung der Krise. Ohne dass der Gesprächsfaden nach Russland abreißt, müssen die europäischen Mitgliedstaaten gemeinsam die neue Situation der fortwährenden Verletzung der europäischen Friedensordnung durch Russland meistern. Dazu kommt, dass die öffentliche Meinung in der Ukraine derzeit durch gezielte Desinformationskampagnen aus Russland massiv beeinflusst wird, ganz offensichtlich, um die Gesellschaft zu spalten und Misstrauen zu schüren. Für eine friedliche Lösung muss die Politik der gewaltsamen Destabilisierung der Ukraine beendet werden. Wir fordern, dass Russland nicht weitere SoldatInnen, SöldnerInnen oder Kriegsmaterial über die grüne Grenze in die Ukraine bringt und diese sich aus dem fremden Hoheitsgebiet zurückziehen. Es ist richtig, dass die Annexion der Krim von Deutschland und der EU nicht anerkannt wird.

Wir halten an der Vision eines geeinten und friedlichen Europas fest. Die Tür für eine enge Zusammenarbeit mit Russland in Europa bleibt offen. Sie ist jedoch nicht nur von der EU, sondern auch von der Verständigung auf gemeinsame Werte und die Prinzipien von Europarat und OSZE abhängig. Derzeit regiert Wladimir Putin Russland autokratisch. Die Zivilgesellschaft sowie die Opposition werden unterdrückt, Homosexuelle und Minderheiten verfolgt. Die Neu- und

Wiederbelebung von Nationalismus in Russland lehnen wir ab. Aber Russland ist nicht Putin auch wenn die derzeitige mediale Darstellung Russlands den Anschein haben mag. Auch deshalb ist es in einem solchen Konflikt von besonderer Bedeutung, mit den zivilgesellschaftlichen Kräften eng verbunden zu bleiben. Wir sind solidarisch mit den Menschen in Russland, die unter dieser Politik leiden und sie ändern wollen. Wir wollen sie unterstützen wo wir nur können, sich nicht von der Putin-Regierung einschüchtern zu lassen.

Wir haben ein großes Interesse an einer demokratischen und rechtsstaatlichen Zukunft unseres russischen NachbarInnen. Dafür werden wir uns auch in Zukunft einsetzen. Wir Grünen wollen mit der Europäischen Nachbarschaftspolitik erreichen, dass Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in den osteuropäischen Staaten gestärkt werden und die ehemaligen Sowjetrepubliken eigenständig und selbstbestimmt ihre Zukunft gestalten können. Wir wollen die vielfältigen Beziehungen zwischen der EU und Russland auch für die Unterstützung von Modernisierung, Demokratisierung und Menschenrechtsschutz nutzen. Mit Russland und anderen europäischen Staaten, die auf absehbare Zeit nicht Mitglied der Europäischen Union werden wollen oder können, wollen wir beim Bau des gemeinsamen Hauses Europa – und insbesondere bei der Schaffung einer übergreifenden Sicherheitsarchitektur – zusammenarbeiten.

Wir stehen auf der Seite der BürgerInnen der Ukraine, die versuchen die Geschicke ihres Landes in die Hand zu nehmen, seine demokratische Ausgestaltung neu und weiter zu entwickeln. Wir unterstützen zivile Protestformen, die auf eine gewaltfreie Umgestaltung der Gesellschaft zielen, unter respektvoller Einbeziehung aller MitbürgerInnen. Es droht eine Blockade, die die Entwicklung hin zu Demokratie und Rechtsstaatlichkeit erschwert oder gar verhindert. Auch muss der Schutz von Minderheiten in der Ukraine, insbesondere der KrimtatarInnen, gewährleistet werden.

Durch die dauerhafte Destabilisierung und den Druck auf die amtierende Regierung und den gewählten Präsidenten besteht auch die Gefahr, dass die Kräfte am rechten Rand gestärkt werden, obwohl sie bei der letzten Wahl kaum Stimmen erhalten haben. Es ist erfreulich, dass die Menschen in der Ukraine trotz des Krieges im eigenen Land radikalen und rechtsradikalen Kräften auch bei den Parlamentswahlen im letzten Monat eine so deutliche Absage erteilt haben. Das zeigt, dass alle berechnete Sorge über einzelne rechtsradikale und nationalistische Gruppen in der Ukraine nicht darüber hinwegtäuschen darf, dass die ukrainische Gesellschaft insgesamt vor allem eine demokratische und rechtsstaatliche Transformation ihres Landes will und keinen neonationalistischen Kurs. Die notwendige Kritik an den rechtsradikalen ukrainischen Kräften, die auf dem Maidan aktiv waren, darf nicht dazu führen, dass es zu einer gezielten Diskreditierung der gesamten Bewegung als FaschistInnen kommt, wie durch mediale Kampagnen in Russland geschehen. Äußerungen z.B. der jüdischen Gemeinde zeigen, dass dieses Zerrbild nicht der Realität entspricht.

Es kann zu einer Radikalisierung des Landes kommen. Wir dürfen nicht unterschätzen, dass sich die Situation dadurch verschlechtern kann, dass sich viele bei ihrem Kampf für einen europäischen Weg von der EU alleingelassen fühlen. Die EU ist jetzt gefordert, die Ukraine zivilgesellschaftlich, mit Visafreiheit, Finanzhilfen, dem Ausbau von Programmen wie Studierendenaustausch und Städtepartnerschaften sowie mit einer Beitrittsperspektive zum Nutzen ihrer Bevölkerung zu unterstützen. Runde Tische können auf lokaler, regionaler und gesamtstaatlicher Ebene in der Ukraine – unter repräsentativer Einbeziehung von Frauen – zur Bearbeitung der Konflikte und zur Vorbereitung der Wahlen geeignet sein.

Die Rolle der OSZE stärken

Wir wollen die OSZE stärken und ausbauen, denn in ihr sind alle europäischen Staaten einschließlich Russlands wie auch die USA und Kanada vertreten. Sie soll an die wichtige Rolle ihrer Vorgängerin KSZE bei der Überwindung des Kalten Krieges anknüpfen. Die Verletzung der Immunität von OSZE-VertreterInnen ist besonders zu verurteilen.

Der OSZE kommt bei der Vermittlung zwischen den Konfliktparteien und bei der Überwachung des fragilen Waffenstillstands die zentrale Rolle zu. Wir fordern von der Bundesregierung, dass sie bereit ist, die Handlungsfähigkeit der OSZE bei ihren Aufgaben sicherzustellen. Entsprechende Anfragen sollen positiv beantwortet werden. In Absprache mit den anderen Mitgliedstaaten der EU soll Deutschland auch sinnvolle Angebote machen. Für uns sind die territoriale Integrität und die politische Souveränität der Ukraine entscheidend. Wir wollen den gewaltsamen Konflikt in der Ukraine schnellstmöglich beenden und eine Stabilität fördern, die die Grundlage für Demokratie in Ukraine ist. Hierfür kommt gerade der OSZE eine Schlüsselrolle zu. Sie kann in zwischen den Konfliktparteien vermitteln und von beiden Seiten als neutrale Instanz akzeptiert werden.

Darüber hinaus halten wir einen OSZE-Sondergipfel, um eine Konfliktlösung mit zivilen Mitteln im Rahmen der OSZE anzustoßen, sowie die Einsetzung eines Mediations- und Versöhnungsprozesses für sinnvoll. Wir streben ein gesamteuropäisches System kooperativer Sicherheit im Rahmen der OSZE an und fordern auf dem Weg dorthin die Rücknahme der Aussetzung des KSE-Vertrags durch Russland und die Ratifizierung des 1999 ausgehandelten AKSE-Vertrages durch alle Vertragsstaaten. Auch die atomare Abrüstung muss im Rahmen der OSZE vorangetrieben werden.

Für eine gemeinsame europäische Friedensordnung

Beide Konflikte führen uns eindrucksvoll vor Augen, dass die Mitglieder der EU mehr Verantwortung in der Welt übernehmen müssen. Die EU sollte nicht nur nach innen ein Friedensprojekt sein. Grüne Friedenspolitik zielt auf kooperative Sicherheit statt auf Konfrontation. Es ist die gemeinsame Aufgabe der Europäischen Union und der verschiedenen multilateralen Organisationen, eine gesamteuropäische Friedens- und Sicherheitsordnung zu verwirklichen. Ihre 28 Mitgliedstaaten werden mit 28 verschiedenen Außenpolitiken nicht als die eine starke Stimme wahrgenommen werden. In einer globalisierten Welt müssen wir grenzübergreifende Probleme und Krisen gemeinsam angehen. Ob Klimawandel oder Konkurrenz um Ressourcen, ob Finanzkrise oder Hunger, ob zerfallende Staaten oder Aufrüstung, keines dieser Risiken und keine der aus ihnen erwachsenden Gefahren kann von einem Land alleine bewältigt werden. Für uns Grüne steht daher multilaterales Vorgehen auf der Grundlage des Völkerrechts an erster Stelle, wenn es darum geht, legitime, stabile und nachhaltige Lösungen zu verwirklichen.

Die EU agiert jedoch zu oft unkoordiniert statt gemeinsam. Es fehlt zu oft an klaren Absprachen, ob man sich gemeinsam zurückhält oder gemeinsam handelt. Die Folgen sind nicht nur in den Krisenländern verheerend, sie haben auch das Potential die Sicherheit und den Wohlstand in Europa zu gefährden. Die Mitglieder der EU können es sich deshalb nicht mehr leisten, auf eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik zu verzichten. Das werden wir allerdings nur erreichen, wenn wir die Europäische Integration mit aller Kraft vorantreiben und uns den Kräften entgegenstellen, die Europa spalten und in seiner Handlungsfähigkeit schwächen wollen. Deshalb stellen wir uns jeder Art von Populismus und Anti-Europäischen Stimmen mit unserer Idee

eines gemeinsamen Europas entschieden entgegen.

Für eine verstärkte, gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik müssen zusätzliche Instrumente für ihre Handlungsfähigkeit geschaffen werden. Damit sich diese auf europäischer Ebene nicht nur am kleinsten gemeinsamen Nenner orientiert, setzen wir uns auch in diesem Bereich für das Prinzip von Mehrheitsentscheidungen im Rat ein. Dazu gehört auch ein EU-Sanktionshilfefonds, der die Wirksamkeit von Sanktionen bei massiven Verletzungen des Menschen- und Völkerrechts erhöht, indem er die Auswirkungen für Drittstaaten minimiert.

Die sicherheitspolitische Herausforderung unserer Zeit heißt multilaterale Friedenssicherung und -konsolidierung, bisher ist die Bundeswehr hierfür aber nicht wirklich aufgestellt. Hier zeigt sich der größte Geburtsfehler der Bundeswehrreform: es wurde keine fundierte Analyse über die zukünftigen Aufgaben durchgeführt oder eine kritische Evaluation der Militäreinsätze der letzten Jahre vorgenommen. Das muss nun nachgeholt werden, denn die Bundeswehr kann die Aufgaben, die sie unter eng begrenzten Bedingungen übernehmen soll, derzeit nur unzureichend erfüllen: es gibt gravierende Mängel beim Materialerhalt, dem Beschaffungswesen und beim Personalbestand. Verteidigungsministerin von der Leyen muss sich endlich um substanzielle Lösungen kümmern, statt sich in Ankündigungen und Schlagzeilen zu verlieren. Es braucht keine neue Reform, aber an einigen Stellen sinnvolle Korrekturen, so dass sich die Bundeswehr auf bestimmte Fähigkeiten konzentrieren kann, die auch im Kontext einer Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik Sinn machen. Das bedeutet auch auf bestimmte Fähigkeiten zu verzichten. Zuerst sollte dabei, auch aus Abrüstungspolitischen Gründen die Nukleare Teilhabe beendet werden. Insgesamt muss es endlich mehr Abstimmung und Kooperation auf europäischer Ebene geben. Auch die Pläne der Bundesregierung, die Parlamentsbeteiligung und damit die parlamentarische Kontrolle und Legitimation von Auslandseinsätzen der Bundeswehr einzuschränken, lehnen wir ab. Wir fordern eine friedensorientierte und demokratische Bundeswehr, die ihren Auftrag im Dienste der VN effizient erfüllen kann.

Für uns ist auch klar, dass die desolaten Zustände im Hause von von der Leyen jetzt nicht für eine Aufrüstungsdebatte genutzt werden dürfen. Die Forderung nach mehr Panzern und noch mehr Geld für den Verteidigungshaushalt der Union dienen offensichtlich nicht der Sicherheit, sondern der heimischen Rüstungsindustrie. Sie sind sicherheitspolitisch verantwortungslos und finanzpolitisch irrsinnig. Abrüstung muss stattdessen ein Grundpfeiler der deutschen und europäischen Außenpolitik werden. Weniger Rüstung und mehr vertrauensbildende Rüstungskontrolle bedeuten mehr Frieden und Sicherheit in vielen Regionen dieser Welt. Mit Blick auf den Konflikt zwischen Russland und der Ukraine wird deutlich, dass nach einigen Jahren der Schwächung der nuklearen und konventionellen Rüstungskontrolle nun eine weltweite Aufrüstungsspirale drohen kann. Deutschland, die EU und NATO haben hier eine besondere Verpflichtung. Hier braucht es dringend einen entschiedenen Kurswechsel und nicht immer nur schöne Lippenbekenntnisse der Bundesregierung. Es ist allerhöchste Zeit, dass die in Büchel stationierten US-Atombomben abgezogen werden.

Für uns ist Europa eine Friedensmacht. Militäreinsätzen stehen wir deshalb äußerst kritisch gegenüber – auch weil sich in der Vergangenheit gezeigt hat, dass sie viele Probleme nicht lösen können, oder sogar verschlimmern. Wir fordern deshalb ein Umdenken in der Außen- und Sicherheitspolitik, so dass eine langfristige Strategie verfolgt wird, statt erst zu reagieren wenn es eigentlich schon zu spät ist. Eine frühzeitige Konfliktbearbeitung ist effizienter und verspricht häufig mehr Erfolg. Internationale Friedenseinsätze der VN, der EU oder der OSZE sollen deshalb noch stärker von zivile Experten, Polizisten und Soldaten begleitet werden, die zur Vermei-

derung von Gewalteskalation beitragen. Dabei stehen der Aufbau von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, die Ausbildung von Polizei, der Schutz der Menschenrechte sowie die Unterstützung der wirtschaftlichen Entwicklung im Mittelpunkt. Dafür brauchen die VN allerdings zusätzliche Ressourcen für zivile Krisenprävention und Konfliktbearbeitung. Die Bundesregierung muss hierfür endlich mehr ziviles Personal für Friedenseinsätze bereitstellen und bei Betreuung und Fürsorge für die Peacekeeper besteht noch erheblicher Verbesserungsbedarf. Um die Instrumente der zivilen Krisenprävention und Friedensförderung systematisch stärken, wollen wir ressortübergreifende Strukturen aufwerten, das Zentrum für Internationale Friedenseinsätze, den Zivilen Friedensdienst, die Fähigkeiten zur politischen Konfliktvermittlung, den deutschen Beitrag zu internationalen Polizeieinsätzen und die Deutsche Stiftung Friedensforschung ausbauen sowie die strategische Vernetzung und Abstimmung dieser Instrumente untereinander verbessern. Nicht zuletzt muss Deutschland die Arbeit der OSZE besser unterstützen.

Insgesamt stehen wir in der multipolaren Welt des 21. Jahrhunderts vor der Herausforderung, eine neue globale Sicherheitsarchitektur zu entwickeln, die auf Multilateralität und dem Primat des Zivilen basiert. Die Anerkennung des Gewaltmonopols der Vereinten Nationen ist die erste Voraussetzung dafür. Die VN bleiben für uns die einzige, globale Organisation, die auf dem Schutz der Menschenrechte aufbaut und sowohl Mitglieder als auch Nicht-Mitglieder zu dessen Einhaltung verpflichten kann. Nur die VN können Gewaltanwendung international legitimieren, wenn es darum geht, schwerste Menschenrechtsverletzungen zu verhindern. Wir bekennen uns zur im Jahr 2005 beschlossenen Schutzverantwortung der VN. Sind nationale Regierungen nicht in der Lage oder willens, ihre Bürger vor Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu schützen, muss die internationale Gemeinschaft aktiv werden. Dies gelingt am besten, durch eine konsequente an den Menschenrechten und am geltenden Völkerrecht ausgerichtete, präventive und kohärente politische Handeln. Gerade hier sind die VN als legitimierende Institution und als Koordinator wichtiger denn je. Die VN sind nur so stark, wie ihre Mitgliedstaaten sie machen. Auch dort, wo geopolitische oder bündnisstrategische Gegensätze Konsens innerhalb der internationalen Staatengemeinschaft kurzfristig erschweren, bleibt mittel- und langfristig nur die Einbeziehung aller Beteiligten. Im Zuge des Kriegs in Syrien haben wir jedoch auch gesehen, dass gemeinsame Entscheidungen des Sicherheitsrats dauerhaft blockiert werden können und die internationale Gemeinschaft dem Leid der Bevölkerung gelähmt zusehen muss.

Deutschland trägt zum einen aus seiner Geschichte zum anderen als viertgrößte Volkswirtschaft der Welt eine besondere Verantwortung. Die große Koalition wird ihr derzeit nicht gerecht. Wir fordern die Bundesregierung auf, sich eindeutig auf die Seite der europäischen Einigung zu stellen und die EU nicht aus nationalen, ökonomischen Interessen zu blockieren. Und die Bundesregierung muss endlich ihre internationalen Zusagen einhalten und einen Stufenplan vorlegen, wie sie das Ziel erreichen will, 0,7% des Bruttonationaleinkommens für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe auszugeben die Mittel für Entwicklungszusammenarbeit erhöhen sowie Krisenregionen nicht weiter durch eine unverantwortliche Rüstungsexportpolitik destabilisieren.

Wenn die Bundesregierung mehr internationale Verantwortung übernehmen will, muss sie an vorderster Stelle stärkeres und kohärenteres Engagement innerhalb der VN zeigen. Deutschland muss sich aktiver und mit einer besseren Strategie an der Lösung globaler Probleme und Krisen beteiligen. Deutschland kann ein wichtiger vermittelnder Akteur werden, der Menschenrechtsschutz, nicht Geopolitik zur obersten Priorität macht und für eine wertegeleitete Außenpolitik steht. Dies muss zentraler Baustein deutscher Außenpolitik sein. Ob die derzeitige Bundesregierung diesen Weg einschlägt, bezweifeln wir allerdings sehr, sie hat es bis jetzt noch nicht einmal

intensiv dafür eingesetzt, dass die VN durch notwendige Reformen effektiver und effizienter werden. Dazu müsste Deutschland in allen Unterorganisationen der VN aktiv werden und mehr in diesem Rahmen mehr zur Konfliktvermeidung und Konfliktbewältigung. Die vielfältigen zivilen Instrumente, die die VN über die Jahrzehnte entwickelt haben, um Konflikte mit diplomatischen und zivilen Mittel zu verhindern oder zu lösen, dürfen nicht weiter ignoriert werden.